

# Weltwochenschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **30 (1940)**

Heft 11

PDF erstellt am: **08.08.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

# Weltwochenchau

## Russisch-finnischer Friede?

Wenn diese Zeilen den Leser erreichen, wird er wahrscheinlich schon wissen, ob die in Moskau geführten Verhandlungen zwischen der russischen Regierung und einer finnischen Delegation, der Präsident Ryti selbst angehört, zum Frieden führen, oder ob sie gescheitert sind und eine neue Phase des Krieges einleiten.

Zu Beginn der Woche lag alles im Unklaren. Man wußte, daß in Stockholm Vorverhandlungen stattgefunden. Aus den vielerlei Nachrichten und Gerüchten trat deutlich das eine hervor, wer den Frieden befürwortete und wer ihn lieber nicht gesehen hätte. Diplomaten der sämtlichen interessierten Staaten waren anwesend und strengten sich an, den Rechnungen ihrer Regierungen zur Geltung zu verhelfen.

Wer hat den Frieden vorgeschlagen? Nicht die Finnen, sondern die Russen. Das schien erstaunlich, war es aber nicht, wenn man die hinter Rußland stehende deutsche Regierung als eigentliche Veranlasserin des russischen Schrittes nannte. Deutschland wünscht ein Ende des Gemekels im Norden, nicht weil es den Krieg verabscheut, sondern weil er das Material aufbraucht, das zum Kriege gegen den Westen verwendet werden könnte. Und weil es fürchtet, im hohen Norden könnte sich eine „alliierte Front“ bilden, deren Ziele in letzter Linie via Baltikum und Polen die deutsche Ostgrenze wären, so abenteuerlich dies klingen mag.

Es ist oft genug auf diese Einstellung der deutschen Führung hingewiesen worden, und man war nur verwundert, daß Rußland das finnische Abenteuer überhaupt angefangen. Das läßt sich nur erklären, daß bei Kriegsausbruch Moskau und Berlin durchaus nicht in gleicher Weise wie heute aufeinander eingespült waren, ja daß Moskau in Finnland gerade Stützpunkte suchte, die in spätern Zeiten, wenn man vielleicht nicht mehr der Freund Berlins wäre, deutsche Angriffe durch den finnischen Meerbusen verhindern müßten. Heute aber sind allerlei Faktoren anders als bei Kriegsbeginn; die Solidarität zwischen Stalin und Hitler wird zur direkten Identität, sobald man sich eine Alliiertenfront in Finnland denkt. Nun möchte auch Stalin eine solche Eventualität vermeiden.

Und die Finnen sind auf das russische Angebot eingegangen. Nicht sofort. Die ersten russischen Vorschläge, das weiß man heute, waren so maßlos und den militärischen Erfolgen Moskaus so wenig angemessen, daß die Unterhändler, merkwürdigerweise zuerst die Engländer, sie überhaupt nicht vermittelten. Eine andere Fassung wurde irgendwo von einem finnischen Vertreter zurückgewiesen; er würde sie nicht nach Helsinki weiterleiten. Die Formulierungen, die schließlich in Stockholm als Grundlage der Vorverhandlungen dienten, sahen offenbar viel mäßiger aus, und in Moskau scheinen sie noch reduziert worden zu sein. Finnland wird wohl, was es auch schon vor dem Kriegsausbruch zugestanden, auf einen Teil Kareliens verzichten. Ob das abzutretende Gebiet die erste Linie des Mannerheimsystems umfaßt, ob das wichtige Koivisto gefordert wird, ob auch Gebiete im Norden des Ladogasees verlangt werden, das kommt später aus. Finnland kann nicht zu viel abtreten; seine Stellungen sind überall empfindlich, sobald die Russen in den Besitz strategisch wichtiger Ausfallstore gelangen. Das gilt auch für die verlangten Inseln im finnischen Meerbusen. Je näher sie dem finnischen Festland liegen, desto mehr muß man sich in Helsinki bedroht fühlen. Auch Petsamo am Eismeer kann eine Flankenbeherrschung von der Fischerhalbinsel her nicht ertragen. Falls die Russen nichts Unmögliches verlangen, werden die Finnen entgegenkommen.

In letzter Stunde hat die britische Regierung erklärt, daß sie den Finnen zu Hilfe kommen werde, vereint mit Frankreich ... falls Finnland eine solche direkte Hilfe verlangen werde. „Spät kommt ihr, doch ihr kommt ...“ So sagen es alle, die seit Wochen mit Ungeduld einen britischen Schlag gegen Rußland erhofften. Wie werden die Finnen, die mit ihren Appellen ins Leere gerufen und froh sein mußten über das geschickte Material, nun reagieren? Es ist zu vermuten, daß sie sich alles sehr überlegen werden. Denn erstens weiß auch heute noch niemand, auf welchem See- und Landweg die britische und französische Armee Finnland und seine am meisten bedrohten Positionen erreichen könnte, ohne sich mit den Norwegern und Schweden verfeinden und ihren Widerstand brechen zu müssen. Schweden hat gleich wie Norwegen den Alliierten auf keinen Fall den Durchzug gestattet, wenigstens nicht offen. Es müßte schon alles vorgekehrt sein, um den deutschen Gegenschlag zu parieren. Niemand in Europa nimmt an, daß Schweden so weit sei oder gar im geheimen Einverständnis mit England handle.

Es ist möglich, daß die Engländer mit der Erklärung Chamberlains ganz einfach eine Rückenstärkung der Finnen für die Verhandlung mit den Russen bezwecken, wohl wissend, mit welchen Konsequenzen die Erfüllung des Hilfsangebots zu rechnen hätte. Wenn die Russen jedoch überlegen, wie schwer den Engländern das Helfen würde, lassen sie sich nicht einschüchtern. Dann bleibt noch ein anderer Sinn der schönen Geste übrig: Der Eindruck auf die Welt, daß die Westmächte wenigstens helfen wollten. Denn daß sie nicht geholfen haben, außer mit Material, hat in der Welt schlimm gewirkt! Eine finnische Zeitung schrieb bereits, wenn die Westmächte der Zivilisation nicht zu Hilfe komme, dann sei der Beweis gegeben, daß die westliche Zivilisation in Verfall sei.

Als wir vor einer Woche schrieben, die Finnen würden „mit den Gewehren nach Westen“ Rußlands Grenzwächter werden, falls die Russen ihren Gegnern ritterlich entgegenkämen, ahnten und glaubten wir nicht, daß ein russisches Angebot so nahe sei. Daß es aber gekommen ... durchaus nicht aus Ritterlichkeit, wie wir sahen ... rückt die Möglichkeit einer „finnischen Wandlung“ in die Nähe. Erinnern wir uns, wie die Tschechen, nachdem sie sich von den Westmächten verraten fühlten, eine innere Frontschwankung vornahmen, die Patrioten vom Schlage Benesch stützten und aus ihren Positionen warfen und bereit waren, einen germanophilen Kurs einzuschlagen. Eine ähnliche Entwicklung steht in Finnland bevor, falls es zum Frieden mit den Russen unter auch nur einigermaßen ehrenvollen Bedingungen kommen wird. An den Russen liegt es, ob sie den „Verrat des Westens“, wie ihn die genannte finnische Zeitung bereits heute in deutlichen Umschreibungen nennt, für sich ausmünzen und aufrichtige Freunde gewinnen will. Freunde, die nur die Wahl haben, für eine angeblich zwecklose Sache, die „Zivilisation“, nutzlos zu verbluten, oder sich mit einem alten, gehassten Erbfeind zu arrangieren um zu retten, was zu retten ist.

## Ribbentrop in Rom

Der „Reisemonat März“ hat der Welt eine Reihe von Überraschungen gebracht. Zuerst stellte man fest, daß in Berlin der Asienforscher Sven Hedin, der alte Freund der Deutschen, der im Weltkrieg unentwegt die Partei Wilhelm II. durchgehalten, erschienen sei. Sofort hieß es, daß er für Finnland arbeite. Dann flog der greise Vinhufovd,

der frühere finnische Präsident, ebenfalls über Kopenhagen nach Berlin. Er hat im Reiche noch jene Freunde, die mit ihm zusammen die rote Armee über die finnische Grenze geworfen. Wir ahnen, daß er versuchte, über seine alten Bekannten, die Überlebenden des Expeditionskorps von der Goltz, zu den heute führenden Kreisen zu gelangen, damit sie auf Rußland den nötigen Druck ausüben möchten. Sehr wahrscheinlich haben Sven Hedin und Spinhufvud eine entscheidende Rolle in der Vorgeschichte der Friedensverhandlungen gespielt.

Nun ist der deutsche Außenminister von Ribbentrop nach Rom gereist, und wir haben diese Reise wenigstens teilweise mit der Frage des Finnlandfriedens zusammen zu bringen. Es ist kein Zweifel, daß Mussolini seine Beziehungen spielen lassen soll. Sie reichen weit, und sie vermögen unter Umständen noch mehr als die hitler'schen, sogar in Rußland. Denn seit Rom mit Roosevelt zusammenarbeitet, und seit die Kirche Seite an Seite mit dem Duce marschiert, ist es sicher, daß man die italienische Stimme „mit Schallverstärkung“ hört. Ribbentrop verfolgt zum mindesten den einen Zweck, die italienisch-amerikanisch-vatikanischen Bemühungen in Moskau zu forcieren, getreu der Hypothese, daß Deutschland im Norden den Frieden, die Alliierten aber die „Ausweitung der Fronten“ wünschen müßten!

Warum aber ist Ribbentrop gerade jetzt nach Rom gereist, und nicht früher? Mit der akut gewordenen finnischen Friedensmöglichkeit allein erklärt sich diese Reise nicht. Man hat in Berlin eine italienisch-britische Verstimmung als den günstigen Moment gedeutet, um Italien allerlei abzuhandeln. England, das den deutschen Export blockiert, wird künftig auch keine italienischen Zufuhren deutscher Kohle durchlassen. Es hat auch neun Schiffe gekapert, die vor der Ankündigung des englischen Vorgehens geladen und auslaufbereit waren. Berlin hatte gleichsam in die entstehende Kontroverse ein. Und Großbritannien scheint begriffen zu haben, welche Folgen die italienische Verstimmung haben könnte: Es gab die neun Schiffe wieder frei. Man deutet vielleicht diese Freilassung als Schwäche, aber auf jeden Fall hat Italien einen Grund weniger, Ribbentrop allzu aufmerksam zuzuhören. Was mag er wollen?

Herr Ribbentrop hat auch den Papst besucht. Ein neues deutsches Konkordat mit dem Vatikan soll beinahe ausgearbeitet sein. Der nationalsozialistische Staat würde wie der faszistische seinen Frieden mit der Kirche machen ... so mutmaßt man. Aber ist dieser Friede das für die deutsche Führung Dringliche? Wir glauben, es handle sich um etwas anderes: Um die Versuche, Rom und Moskau einander anzunähern.

Es ist der Öffentlichkeit größtenteils entgangen, wie Italien in der finnischen Angelegenheit eine merkwürdige Schwenkung vollzog. Der im Zusammenhang mit der italienischen Balkanaktion gegen die russische Drohung angekündigte Feldzug gegen den Bolschewismus spielt sozusagen keine Rolle mehr. Den italienischen Freiwilligen, die nach Finnland fahren wollten, entzog man von einem bestimmten Zeitpunkt an die Pässe. Um die Aktion zur Versöhnung sämtlicher Balkanmächte und ihre Zusammenfassung in einen „neutralen Block“ unter italienischer Führung ist es sehr still geworden. Wir glauben, darin Zeichen einer Wandlung zu erkennen, die einen nicht sehr freuen kann. Hat Italien etwas vor ... oder bedeutet sein Zuhören und Schweigen, daß es auch ... zuschauen wird, wenn die andern, das heißt Moskau und Berlin, etwas Bestimmtes vornehmen, das man mit einiger Phantasie erraten muß, sofern man nicht blind ist? Und beredet Ribbentrop vielleicht mit Mussolini und Ciano den Preis, der Italien zufällt, falls es so schön zuschaut? Es ist irgendwo von der „Bestimmung der italienischen Einflußzone im Balkan“ gesprochen worden ... man denkt sofort auch an

die andern Einflußzonen, also gewissermaßen an die interessenmäßige Aufteilung des ganzen Südostens! Es braucht noch keine politische und militärische Aufteilung zu sein!

Man sei einmal aufmerksam und überlege, welche Probleme akut werden, falls das finnische so über Erwarten schnell aus den Traktanden fiel! Dann hat man den leuchtenden Zeiger, der in die nächste Zukunft weist. Aber man hat auch die Vorstellung einer Wende der politischen Lage, welche die Westmächte und alle, die mit ihnen sympathisieren, nicht freuen kann. Man muß das allen sagen, die inbrünstig den Sieg der Demokratien erhoffen, damit sie nicht von Enttäuschungen überrastet werden; es nützt nichts, den Kopf in den Sand zu stecken! Wenn der ganze Ernst der Lage erst noch erkannt werden muß, wenn es noch neue Rückschläge und gefährliche Entwicklungen braucht, um diese Erkenntnis zu fördern, dann ist es eben so, und nur die ganze Erkenntnis verbürgt, daß es besser wird!

Wir meinen, es müsse einmal die geniale Methode durchschaut werden, die Hitler anwendet, um zwischen sich und die Westmächte einen Ring von Neutralen zu schieben; die Westmächte sind durch ihr Programm und ihre idealistische Begründung des Krieges, den sie Hitler erklärt haben, verhindert, diese Neutralen anzugreifen; wenn es angehe, würde das Dritte Reich auch noch den „Siegfriedwall“ durch einen unangreifbaren neutralen Staat ersehen. Hinter diesem Schutzring lassen sich Blizaktionen gegen irgendwelche schwache Stelle vorbereiten und urplötzlich durchführen, bevor der Gegner imstande ist, seinerseits einzugreifen.

Es ist aufs Wort zu glauben, daß Italien auch künftig seine „Nichtbeteiligung“ am Kriege weiterführen werde; nichts hat dem Dritten Reiche mehr genützt als die vage Hoffnung der Westmächte, den Duce langsam zu sich herüber zu ziehen. Er gibt das Muster ab für das Verhalten aller Staaten zwischen Genua und dem Hindukusch; sie sollen entweder freiwillig oder mit Zittern neutral bleiben und die Alliierten verhindern, anzugreifen. Ist es einmal so weit, daß die Türken einwilligen, England die Dardanellen zu sperren, dann ist der Gürtel komplett ...

## Vom Notenhampstern und von der Kapitalflucht

Dieses Thema wurde an der Generalversammlung der Schweizerischen Nationalbank im Exposé von Generaldirektor Weber angeschnitten. Es werden Noten gehampstert, das ist ganz klar. Herr Weber wies das anhand der Notenumlaufziffern nach; wenn im Jahre 1929 durchschnittlich 856 Millionen umliefen, betrug der Durchschnitt 1939 volle 1802 Millionen; die Steigerung macht mehr als 100% aus. Aber die Durchschnittsziffer sagt noch weniger als die des Jahresendes: 2050 Millionen! Das 2½fache des letzten Konjunkturjahres 1929. Die Wirtschaft braucht heute, an sich genommen, bestimmt nicht mehr Noten als anno 29; die Schrumpfung der Geschäfte müßte logischerweise sogar eine Verminderung des Umlaufes bedeuten, statt der enormen Vermehrung. Also: Wo sind die Noten? Man kann natürlich nur abschätzen, was wirklich „umläuft“ und was irgendwo stillliegt. Braucht die Wirtschaft 900 Millionen, dann „schlafen“ ihrer 1200 in sicheren Truhen, um nur ein Beispiel der vorhandenen Möglichkeiten zu geben.

Was soll man dagegen tun? Herr Weber hat festgestellt, daß der Zinsfuß am weitem Steigen verhindert werden könnte, falls ... ja „falls“ diese Notenhampsterlager in Bewegung gerieten, der Wirtschaft wieder zugeführt würden. (Er schätzt den Betrag der gehampsterten, nicht umlaufenden Noten seinerseits auf 600 Millionen, berechnet auf das Jahresmittel 39 ... vielleicht sind es aber doch mehr?) Man müßte die 600 Millionen also, um des Zinsfußes und der Geldflüssigkeit willen, auf irgendwelche Weise zwingen, sich wieder einzuschalten. Wie das aber geschehen könnte, weiß man nicht ... oder besser, man

weiß, daß es neuer, vielleicht umstürzender Methoden bedürfte, um hier durchzugreifen. Und bevor man experimentiert, möchte man alle andern Wege gehen; der Weg des Geheulassens und nicht Eingreifens ist unter Umständen nicht nur der bequemste, sondern auch der richtige ...

Generaldirektor Weber hat die Nationalbankaktionäre belehrt, auf welche Weise man sich in Besitz von Noten setzte. Es wurden bei den Kantonal- und Großbanken in den letzten zwei Jahren gegen 800 Millionen Spar-, Depositen- und Obligationengelder abgehoben. Die Banken mußten diese Gelder in Form von Noten ausliefern; sie belasteten ihre Konten bei der Notenbank um diese Summen. Die Noten wurden als sichere Kapitalanlage andern Anlagen vorgezogen. „Bargeld“ statt „Kassenbüchli“ ... populär gesagt. Die Entwicklung kann weiterstreiten; man kann den Banken und damit der ganzen Wirtschaft das Vertrauen in noch ganz anderm Umfang entziehen und es allein auf die „eidgenössisch garantierte Note“ übertragen. Wer kann das verhindern! Und will es heute jemand ernstlich?

Die Freiwirtschaftler haben im bernischen Großen Rat einen Vorstoß lanciert; Großrat Fritz Schwarz schlug vor, eine „Hamstersteuer auf Noten“ einzuführen. Praktisch läuft die periodische Abstempelung der Noten auf die Einführung einer Freigeldnote heraus, die allerdings weiterhin, wie die heutige, „goldgarantiert“ bliebe. Der Notenstempel würde so und so viel kosten. Wer nach einem Jahr sein Notenpaket an die „abstempelnde Stelle“ brächte, müßte seine 5 % für die Stempelung bezahlen. Wer so schlau wäre, keine Noten zu behalten, wer sich von diesen besteuerten Papieren so rasch als möglich trennen, wer sie meiden würde wie bazillenverfäuchte Wäsche, würde nie in den Fall kommen, einen Stempel zu riskieren. Er ginge also steuerfrei aus. Die Nationalbank würde in kürzester Frist eine Menge Noten zurückziehen müssen, denn der Umlauf würde aus Gründen der „Notenflucht“ rapid beschleunigt; man würde sich förmlich drängen, seine Schulden so rasch als möglich zu bezahlen. Es ergäben sich also nicht etwa „5 % von 2000 Millionen = 100 Millionen“ Steuereinnahmen für den eidgenössischen Fiskus, wie man optimistisch rechnen mag; der Ertrag fiel auf einen Bruchteil zurück; praktisch würde nur der wirkliche „Umlauf“ besteuert, weil es gar keine „Hamsternoten“ mehr gäbe; die Kapitalbesitzer würden sich andere Anlagen suchen, so viel als möglich „unabstempelbare“.

Es ist wohl müßig, seine Phantasie zu lange mit dieser „Notenhamstersteuer“ zu beschäftigen; Bern kann sie nicht allein und für sich einführen, Bern wird sie dem Bunde auch nicht vorschlagen. Jene, die an die zinsenkende Wirkung solcher Maßnahmen (und an die Treibkraft für das ganze Wirtschaftsleben) glauben, werden sagen müssen, „es wäre zu schön gewesen“. Und sie werden sich überlegen, daß Zufall oder (gottgesandte) geniale Ideen zuerst eine Kapitalanlage schaffen müssen, die noch sicherer als die liebe Note zu sein scheint, ehe man auf die so wünschbare „Enthörung“ der besagten 600 Millionchen hoffen darf. Die „Hamstersteuer“ möchte gewissermaßen die Note als Kapitalanlage verschlechtern ... wem gefällt das? Der menschliche Instinkt ist gegen Verschlechterungen, selbst wenn sie heilsam wären wie Magerkuren! Genial wäre die „noch bessere“ Anlage!

Man kann ähnliche Gedankengänge anfangen beim Kapitel „Kapitalflucht“. Die Nationalbank kann nur einen geringen Sektor dieser Bewegung kontrollieren. Was durch Export schweizerischer Waren, deren Geldertrag man einfach draußen läßt, statt ihn hereinzunehmen, an Werten aus dem Lande gezogen und irgendwohin, am liebsten aber nach dem sicher scheinenden Amerika geflüchtet wird, das untersteht nicht ihrer Macht. Ebenso nicht, was man von ausländischen Staaten oder Privaten durch „Dienstleistungen“ zugut hat und draußen läßt. Soll unser Land anfangen, den Export völlig zu kontrollieren und z. B. von den Exporteuren den Nachweis zu verlangen,

daß sie den Exportertrag auch „heimgebracht“? Wir sind auch da der Ansicht, daß man die heimgebrachten Exporterträge eher honorieren und prämiieren, also verlockend ausgestalten müßte, statt z. B. die „Flucht“ mit Strafmaßnahmen zu verfolgen. Wir sprechen hier nur einen Gedanken aus, den wir bei jeder Gelegenheit wiederholen: Belohnen führt weiter als Strafen, und den Menschen an der „Nase seines Vorteils“ herumzuführen ist hundertmal besser, als ihn zu schikanieren und zu beargwöhnen. Ein für alle Weltverbesserer primär wichtiger Gedanke.

### Neun Bundesräte.

Es wird bekannt gegeben, daß im Bundeshaus ein Gegenentwurf zur sozialdemokratischen Initiative, welche neun Bundesräte und die Wahl durch das Volk verlangt, ausgearbeitet werde. Und zwar übernehme der Gegenentwurf die Neunenzahl und die Vorschrift, daß möglichst alle Landesteile und alle politischen Richtungen vertreten werden müssen. Wogegen die Volkswahl abgelehnt und an den bisherigen Rechten des Parlaments festgehalten werde. Die Initiative der Linken würde zur Verwerfung, der bundesrätliche Gegenentwurf, nach Genehmigung durch Nationalrat und Ständerat, zur Annahme empfohlen. Es wird damit gerechnet, daß die Abstimmung vielleicht im nächsten Herbst über beide Vorschläge entscheiden könnte. Die 160,000 Unterschriften der sozialistischen Initiative verpflichten ebenso wie die Zeitumstände, nicht mehr allzulange zu warten; auch wir brauchen, wie alle Staaten in dieser Ausnahmezeit, eine „Koalitionsregierung“ mit Einbezug der Opposition, die ihr Teil der Verantwortung tragen muß.

Es ist zu hoffen, daß die gemütlige Vorbereitung der zeitnotwendigen Neuregelung unserer „Regierungsbasis“ Schritt halte mit der außenpolitischen wie mit der innenpolitischen Entwicklung. Die „Ideen des März“ gehen vielleicht vorüber, ohne daß die Nation jäh ihre gesamten Kräfte zusammenraffen und unerwartete Aufgaben zu bewältigen haben wird. Und der Sommer mag uns auch noch Zeit lassen. Sollte es anders kommen, dann hoffen wir auf die Entschlußfähigkeit der obersten Behörde, auf ihre Fähigkeit, rasch eine Notlösung zu finden. Wichtiger als die „Regierungsbasis“ ist übrigens die Handlungsfähigkeit der Regierung, sei sie zusammengesetzt wie sie wolle. Und das mag das gemütlige Tempo entschuldigen. Die Handlungsfähigkeit ist mit einer neuen Basis, mit der Vertretung aller politischen Richtungen nicht schlechtweg gegeben. Würde der Bundesrat entschluß- und aktionsfähiger, wenn er auch die Opposition in sich schloße, müßte man freilich die Lösung im Galopp suchen ...

Was die innenpolitische Entwicklung angeht: Wir sind heute überzeugt, daß wir die „Richtungen“ der Parteien, die Volksströmungen ganz allgemein kennen und überschauen: RR., Freisinn plus Unabhängige, Bauern und Sozialdemokraten ... im großen Ganzen vier große Gruppen. Und neue Bildungen erscheinen voraussichtlich nicht am Horizont. Wie steht es indessen mit dem „schlafenden Elefanten“, mit dem Bund der Subventionslosen? Die Leute haben sich das Rüsseltier als Symbol zugelegt, wie einst die holländischen „Geusen“ den Schimpfnamen akzeptierten, mit dem die hochmütigen Spanier sie unter den Tisch zu wischen glaubten. Die vier Parteilager, alle gewissermaßen schon historisch, könnten sich morgen, und schneller als man denkt, einer Bewegung gegenüber sehen, an die sie nicht gedacht. Der „Elefant“ appelliert an Instinkte: Staatsabbau, Steuerabbau, Gehälterabbau, Bürokratieabbau, Fesselloserung für die Wirtschaft, alles Dinge, die an den tiefen Widerwillen des individualistischen Menschen, an seinen Haß gegen den Moloch Staat rühren. Sollte man vielleicht auch schon dran denken, den „Subventionslosen“ einen Sessel im Bundesrat freizuhalten?